



Aktionsbündnis Urkantone

Für Freiheit und Grundrechte – Vernunft statt Ideologie

Rubiswilstr. 19, 6438 Ibach
info@ur-kantone.ch | www.ur-kantone.ch

Aktionsbündnis Urkantone Rubiswilstrasse 19 6438 Ibach

Eidgenössisches Departement für
auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Bundeshaus West 3003 Bern

vernehmlassung.paket-ch-eu@eda.admin.ch

Ibach, am 30. Oktober 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit nehmen wir Stellung zur Vernehmlassung: Paket Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU.

Grundsätzlich lehnen wir diese Verträge komplett ab. Sie untergraben die Souveränität der Schweiz sowie der Kantone und höhlen die direkte Demokratie aus. Die Grundsätze der freien Schweiz werden über Bord geworfen.

Die EU-Verträge sehen fremde Richter vor. Wir lehnen fremde Richter ab! Ein Erfolgsmodell seit über 700 Jahren.

Im Vergleich zu der EU steht die Schweiz wirtschaftlich viel besser da. Die düsteren Prognosen der abgelehnten EWR Abstimmung sind nie eingetroffen. Es ist grundsätzlich falsch und schädlich für die Schweiz, sich einer schwachen EU zu unterstellen.

Weiter fordern wir das obligatorische Referendum und damit nötiges Ständemehr. Die dynamische Rechtsübernahme zerstören die direkte Demokratie und lösen eine riesige Bürokratieflut für die Wirtschaft und Verwaltung aus. Die politischen Rechte des Volkes werden geschwächt. Die Schweiz könnte zwar die Übernahme von EU-Recht ablehnen, kann aber dafür von fremden Richtern bestraft werden.

Nach Artikel 140 BV müssen für dieses Paket Volk und Stände zustimmen. Erwähnenswert ist, dass sich viele Rechtsgelehrte wie Prof. Dr. iur. Paul Richli (Universität Luzern), Prof. Dr. iur. Andreas Glaser (Universität Zürich) und der Bundesrichter Prof. Dr. Hansjörg Seiler öffentlich für ein Ständemehr ausgesprochen haben.

Zusammengefasst:

Die aktuellen Bilateralen Verträge genügen. Wir lehnen die neuen Verträge ab und fordern das obligatorische Referendum inklusive nötiges Ständemehr.

Josef Ender, Präsident